

6.3 Der politische Handlungsraum des PGR ist die Kommune

Der gesellschaftliche und politische Handlungsraum, in dem der Pfarrgemeinderat wirkt, ist die Kommune, also die politischen Gemeinden, Städte und Landkreise – in der Stadt München auch die Bezirksausschüsse. Kommunalpolitische Entscheidungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie real und greifbar die Lebensqualität der Bürger beeinflussen. In den Händen der Kommunen liegt die Frage des Wohnens, der Einkaufsmöglichkeiten, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Fahrradwege, der Kultur, der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulangebote, der Angebote und Einrichtungen für Senioren.

Die Kommunalpolitik fordert heraus, Wertorientierungen konkret werden zu lassen. Die meisten Christen stimmen darin überein, dass der Einsatz für Arme und Benachteiligte, für Frieden, Umwelt und globale Gerechtigkeit zum Kern des christlichen Auftrags zählen. In der Kommunalpolitik stellt sich die Frage: Was heißt dies für uns vor Ort? In der Kommunalpolitik reicht eine Übereinstimmung im Grundsätzlichen nicht aus. Hier steht man vor der Herausforderung zu handeln.

Rolle des Pfarrgemeinderates kann sein:

☛ An einem Strang ziehen: Kooperationen zwischen Kirche und Kommunen anpacken

Aus der Zusammenarbeit von Kirche und Kommune ergeben sich „Synergie-Effekte“. So arbeiten in Furth bei Landshut Kommune, Kirche und der Maristen-Orden daran, dass über 50 Prozent der benötigten Wärme und des Stromes aus erneuerbaren Energien stammt. In anderen Orten wird die kirchliche und kommunale Jugend- und Familienarbeit vernetzt. Die Beispiele zeigen: Es ist nicht sinnvoll, in Pfarreien eine „Doppelstruktur“ aufzubauen. Warum einen eigenen Öko-Arbeitskreis ins Leben zu rufen, wenn es in der Kommune bereits eine Agenda 21-Initiative gibt? Sinnvoller ist es, dorthin Vertreter aus der Pfarrei zu senden. So wird dazu beigetragen, Kräfte zu bündeln und in gesellschaftliche Gruppen christliche Positionen und Werte einzubringen.

☛ Lobby sein und die Initiative ergreifen

Eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe des Pfarrgemeinderates ist es, sich aus christlichem Blickwinkel für bestimmte Themen und Initiativen einzusetzen. Beispiele hierfür könnten sein:

Für eine bio-regional-fair handelnde Kommune

Ausgehend vom Agenda 21-Prozess hat der Stadtrat München beschlossen, den fairen Handel zu fördern. Auf dem Oktoberfest, den Dulten und Märkten, auf dem Messegelände und auf dem Olympiagelände gibt es in Zukunft nur mehr fair gehandelten Kaffee. Blumen, vor allem Rosen werden nicht mehr von Blumenfarmen aus Afrika oder Lateinamerika bezogen, in denen Umweltschutz und Menschenrechte missachtet werden. Was in München umgesetzt wird, müsste auch für andere Kommunen möglich sein. Warum nicht als Pfarrgemeinderat die Initiative ergreifen? Und warum dies nicht mit der Verpflichtung verbinden, Produkte mit bio-regionaler Herkunft zu nutzen?

Kommunen sagen Nein zur Kinderarbeit

Der Bayerische Landtag hat am 18. Juli 2007 einen Beschluss zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens gefasst. Mittlerweile haben sich in Bayern 65 Kommunen und Landkreise verpflichtet, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verwenden. Pfarrgemeinderäte könnten ihre Gemeinde- und Stadträte dazu drängen, entsprechende Beschaffungsrichtlinien zu verabschieden. Kreiskatholikenräte könnten in den Landkreisen die Initiative ergreifen. Wichtig ist auch, dass Pfarrgemeinden hier selbst Vorbild sind und einen entsprechenden Beschluss fassen. Der Diözesanrat der Katholiken engagiert sich seit Jahren gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Eine von ihm herausgegebene Info-Broschüre ist mittlerweile in 3. Auflage erschienen (www.erzbistum-muenchen.de/kinderarbeit).

Vgl. auch „Kirche kauft ein - öko, sozial, fair“ - Impulse zum Beschaffungswesen, hrsg. v. Landeskomitee der Katholiken in Bayern (siehe Seite 123).

Kommunalpolitikertagungen

Der Diözesanrat veranstaltet jedes Jahr im Herbst Kommunalpolitikertagungen. Ziel ist es, die Diskussion über christliche Maßstäbe für das kommunalpolitische Handeln anzuregen. Der Diözesanrat will damit einen Anstoß geben für das Gespräch zwischen Pfarrgemeinderäten, Verbänden, Bürgern und Kommunalpolitikern. Vor allem will er zum Engagement vor Ort ermutigen. Daher werden immer auch beispielhafte Projekte vorgestellt. Mehr dazu unter www.erzbistum-muenchen.de/kommunalpolitikertagung

6.4 Christliche Optionen für die Kommunalpolitik

Der Einsatz für Arme und Benachteiligte, für Frieden, Umwelt und globale Gerechtigkeit zählen zum Kern des christlichen Auftrags. In der Kommunalpolitik stellt sich die Frage: Was heißt dies für uns vor Ort? Folgende Optionen können dem kommunalpolitischen Engagement eine christliche Orientierung geben:

1. Option für die Armen u. Benachteiligten

Solidarität ist ein Grundpfeiler der katholischen Soziallehre. Damit ist die Forderung verbunden, allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Vor allem diejenigen Menschen sind in den Blick zu nehmen, die übersehen, isoliert, benachteiligt oder ausgegrenzt werden.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ soziale Beratungsdienste für Pflegebedürftige, Obdachlose, Asylbewerber, psychisch Kranke, und Suchtkranke gefördert werden
- ➔ Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen werden
- ➔ Schulsozialarbeit an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien eingeführt wird
- ➔ Menschen persönlich begleitet werden, die Rat, und Unterstützung benötigen (z. B. durch Ausbildungspatenschaften, Demenzpatenschaften)
- ➔ Menschen mit geistiger Behinderung gefördert werden (durch die Bildung von Integrations-Klassen in Kindergarten und Grundschule)
- ➔ Sport-Vereine ihre Rolle für die „Integrationsarbeit“ ernst nehmen und die Übungsleiter(innen) durch „sozialpädagogische“ Schulungen begleitet werden

2. Option für Familien

Der demografische Wandel trifft auch die Kommunen. Um so wichtiger wird es, für Familien förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen (z. B. durch bezahlbaren Wohnraum, ausreichende Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Verteilung und Gestaltung von Kinderspielplätzen). Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Familien sind durch Planungen und Umsetzungen in den Bereichen Wohnungsbau, Gemeinde- oder Stadtentwicklung, Schule, Sport, Kultur, Verkehr und Soziales betroffen. Gerade auch Pfarrgemeinden tragen durch Kindergärten, Eltern-Kind-Gruppen, Familiennetzwerke usw. zur Verbesserung der Situation von Familien bei. Sich dieser Rolle bewusst zu sein und weitere Initiativen zu starten, ist wichtig.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ alle Beschlüsse auf ihre Familienverträglichkeit überprüft werden
- ➔ in Bebauungsplänen an ausreichend Wohnraum für junge Familien gedacht wird
- ➔ bei der Vergabe von preisgünstigem Bauland die Zahl der Kinder neben anderen Kriterien eine hervorgehobene Rolle spielt
- ➔ ausreichend Einrichtungen geschaffen werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern (Tagesmütter, Kindertageseinrichtungen, Hort an Schulen, Ganztagschule)
- ➔ Einrichtungen unterstützt werden, die die Erziehungsarbeit von Eltern begleiten (z. B. Zentrum der Familie, Eltern-Kind-Programm [EKP])
- ➔ Räume für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, die Jugendliche selbstverantwortlich nutzen können
- ➔ Kommunale „Familientische“ einberufen werden, die die Situation von Familien analysieren und Problemlösungen in Gang bringen

3. Option für eine wertorientierte Kultur des Miteinander

Welche Bedeutung christliche Werte im Leben einer Kommune haben, zeigt sich im Umgang miteinander: Wird jede(r) wertgeschätzt und akzeptiert? Werden Meinungsverschiedenheiten fair ausgetragen? Die Lebens- und Wertekultur zeigt sich auch an der Kultur des Feierns - und nicht zuletzt darin, welche Sterbe- und Bestattungskultur vorherrscht.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ unterschiedliche Lebensstile, Kulturen und Generationen sich gegenseitig wertschätzen und das Zusammenleben gefördert wird
- ➔ Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sich mit Respekt begegnen und gemeinsame Veranstaltungen durchführen
- ➔ christliche Feste und Traditionen geachtet und gepflegt werden
- ➔ bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen restriktiv vorgegangen wird
- ➔ Angehörige fremder Religionen diese auch ausüben und pflegen können
- ➔ ein Bildungsprogramm angeboten wird, das sich an christlichen Werten orientiert
- ➔ Krankenhausbesuchsdienste und die Sterbebegleiter(innen) von Hospizvereinen Unterstützung und Anerkennung erhalten
- ➔ in Krankenhäusern Palliativstationen eingerichtet werden

- ➔ ein Runder Tisch zu Fragen der Friedhofgestaltung und Bestattungswesens einberufen wird
- ➔ auf Friedhöfen Orte des Gedenkens an Opfer eingerichtet werden, an die niemand denkt (u.a. für ungeborene Kinder, für Opfer von Katastrophen und Kriegen)

4. Option für die Schöpfung

Die nachhaltige Sorge um die Umwelt fordert dazu heraus, langfristige Handlungsperspektiven zu entwickeln und die Zusammenhänge von Ökologie, Wirtschaft und Sozialem in den Blick zu nehmen (Prinzip Nachhaltigkeit).

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ Regionalvermarktungsinitiativen unterstützt und deren Dienstleistungen genutzt werden
- ➔ die Ausweisung von neuen Baugebieten mit einem dezentralen Energieversorgungskonzept kombiniert wird, in dem die Nutzung der Solarnergie und nachwachsender Rohstoffe (z.B. Holz) sowie Blockheizkraftwerke Berücksichtigung finden
- ➔ bei allen öffentlichen, auch kirchlichen Bauvorhaben umweltverträgliche und regionale Baustoffe verwendet werden
- ➔ Anreize zur Nutzung des Regenwassers geschaffen und in öffentlichen und kirchlichen Gebäuden diese Techniken vorbildhaft genutzt werden
- ➔ bei Flächennutzungsplänen eine flächensparende und bodenschonende Bauweise vorgegeben und auf eine sinnvolle Mischung von Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Regenerationsräumen geachtet wird

5. Option für die Eine-Welt

Einerseits wächst die Welt immer mehr zusammen, zugleich spaltet sich die Welt aber immer mehr. Der Glaube an Gottes Gerechtigkeit drängt dazu, sich damit nicht abzufinden. Persönliche Begegnungen und Initiativen auf der lokalen Ebene von Pfarrgemeinden und Verbänden tragen zu einer weltkirchlichen Lerngemeinschaft bei.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ Pfarreien und Kommunen internationale Partnerschaften aufbauen und aus den Erfahrungen heraus politisch handeln (z. B. Eintritt ins Klimabündnis der europäischen Kommunen)
- ➔ Kampagnen und Netzwerke, die zur Änderung von ungerechten Strukturen beitragen (z.B. Erlassjahr, Kinderarbeit) aktiv unterstützt werden
- ➔ der Faire Handel sowie ethische Geldanlagen unterstützt werden
- ➔ die Bildungsarbeit für die Folgen unserer Konsum- und Produktionsweisen sensibilisiert

6. Option für eine Kultur der Verantwortung

Eine Gesellschaft ist nur dann zukunftsfähig, wenn die Menschen nicht nur danach fragen: Wer ist zuständig? Welche Ansprüche kann ich stellen? - Sondern wenn sie fragen: Wo werde ich gebraucht? Wofür bin ich zuständig?

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ bei kommunalen Entwicklungsprozessen kreative Formen der Ideenfindung (z.B. Zukunftswerkstätten) genutzt werden
- ➔ Freiwilligenzentren oder Ehrenamtlichen-Börsen aufgebaut bzw. gefördert werden
- ➔ mit Feiern, Ehrungen, Bürgerpreisen oder Vergünstigungen im Freizeitangebot (z.B. Ermäßigung von Eintrittsgeldern etc.) das ehrenamtliche Engagement wertgeschätzt wird
- ➔ durch die Kommunen, Kirchen und Verbände gemeinsame bewerbungsrelevante Ehrenamtsausweise ausgestellt werden
- ➔ die Gründung von Bürgerstiftungen gefördert wird, die Kultur-, Umwelt-, Sport oder soziale Projekte unterstützen
- ➔ Kinder- und Jugendliche an kommunalen Prozessen und Entscheidungen beteiligt werden

7. Option für eine gemeinwohlorientierte Politik

Bei Leistungen der Daseinsvorsorge geht es um die Verwirklichung von gemeinnützigen Zwecken: um die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, um hohe Qualität und Versorgungssicherheit, um angemessene Arbeitsbedingungen und Umweltschutzziele. Dem Gemeinwohl widerspricht, wenn lebenswichtige Güter für den Menschen, wie zum Beispiel Wasser, dem freien Markt und Profitstreben übergeben werden. Damit setzt sich im Verhältnis Bürger - Staat eine rein ökonomische Sichtweise durch. Aus öffentlichen Gütern werden Konsumartikel und die Bürger als Träger sozialer Rechte werden zu Kunden auf dem Markt.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ die Privatisierung kommunaler Einrichtungen (Sozialwohnungen, Wasserversorgung, Stadtwerke, Krankenhäuser etc.) gestoppt wird
- ➔ die Krankenversorgung und die Wasserversorgung in der Verantwortung der kommunalen Ebene bleiben
- ➔ Vorhaben, öffentliche Einrichtungen in Public Private Partnerships (PPP) bauen zu lassen und auf der Basis privatrechtlicher Verträge zu nutzen, sehr kritisch geprüft werden

Flyer „Christl. Optionen für die Kommunalpolitik“ siehe S. 123.